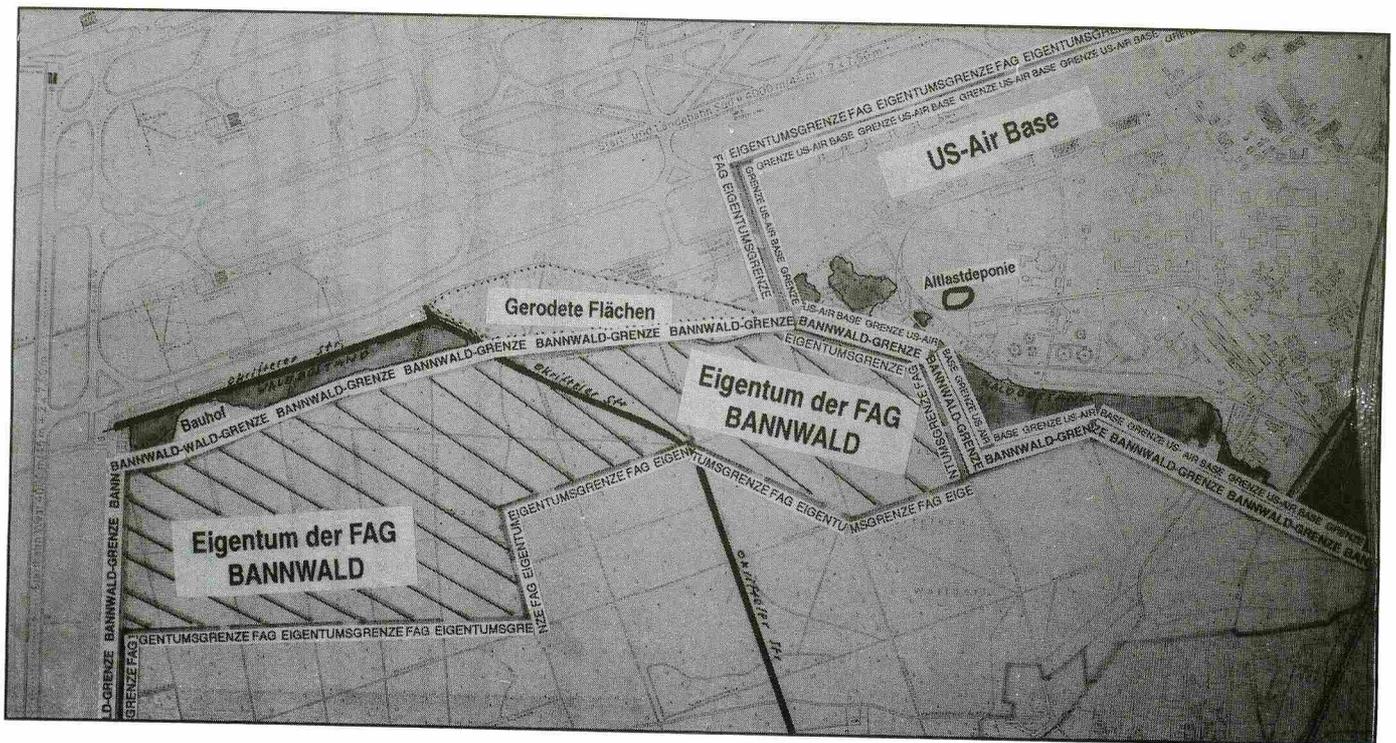


# blick punkt

Nr. 250  
Oktober 1991

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF



## Kein Baum darf mehr fallen!

Politiker sprachen davon und die Presse schrieb darüber: im Süden des Flughafens gäbe es mehrere Dutzend Hektar ungenutzte Flächen - man sprach von 50 Hektar Wald der vor der Rodung stünde. Trotz intensivem Kartenstudium sind die 50 Hektar im Süden nicht auszumachen, es sei denn, da denkt jemand an Bannwald. Wie auch immer, jetzt müßten eigentlich vor allem die Walldorfer, besonders die im nördlichen Stadtteil wohnenden, auf die Barrikaden gehen. Schon heute ist dort der Flughafen-Bodenlärm ein Problem. Was erst wenn die dünne Waldmembrane zwischen Flughafen und Walldorf angefressen würde? Jeder Baum der dort fällt - und sei es auch nur für die geplante neue FAG-Betriebsstraße - ist ein Baum zuviel.

Sollten weitere Rodungspläne durchgesetzt werden, dann würden Flugzeug-Krach und Abgase direkt nach Walldorf geblasen. Schöne Aussichten!



# Hoyerswerda ist überall

Die Bonner "Asylantendebatte" hat die Pogromstimmung noch angeheizt. Wie eine solche Debatte wirkt, hat gerade jetzt der Ausgang der Bürgerschaftswahl in Bremen gezeigt wo CDU und neofaschistische DVU gehörig zugelegt haben und die DVU wieder im Parlament vertreten ist. Es scheint so als ob bestimmte Politiker daraufsetzen, daß einige das "Problem" in ihre eigenen Hände nehmen. In die Hände der Neonazis, gegen die die Polizei angeblich keine Mittel findet. Aber gerade Hoyerswerda steht nicht da für eine Handvoll Krakeeler, sondern für die hunderte "anständige" Bürger, die dem schweinischen Treiben zustimmend beiwohnten.

Es hat in Hoyerswerda keine Demonstration der Ausländerfeindlichkeit stattgefunden konnte man lesen, mit dieser Schönfärberei muß endlich Schluß sein. Es war der erste Pogrom in der Geschichte der BRD und schon deswegen wird man sich Hoyerswerda merken müssen.

Man wird wohl in Zukunft Ausländer vor dem Betreten bestimmter Gebiete warnen müssen. Immerhin, täglich gibt es Berichte aus allen Teilen der Bundesrepublik von Brandstiftungen und Überfällen. Es hat

schon Tote in Asylantenheimen gegeben und es sind schon polnische Reisende auf deutschen Autobahnen überfallen worden. Was für ein Aufschrei würde durch die BRD gehen, wenn so etwas deutschen Reisenden im Ausland passieren würde.

Der Nährboden für diese Stimmung ist meiner Meinung nach: soziale Angst, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Mietwucher und nationalistische Verhetzung. Ich befürchte, daß all diese Probleme im Kapitalismus nicht gelöst werden können. Langfristig wäre die Lösung wohl nur eine Änderung z.B. der Weltwirtschaftsordnung. Und das wird der Kapitalismus im Siegesrausch, den Sozialismus besiegt zu haben, nicht leisten. Umso schmerzlicher kommt einem das Versagen der seitherigen "sozialistischen" Staaten in den Sinn.

Wenn es bei der Ausbeutung der dritten Welt zugunsten der imperialistischen Wirtschaft und ihrer Konzerne bleibt. Wenn wir weiter gut leben, während Abermillionen hungern und verhungern, wenn der Osten jetzt zur billigen Werkbank wird, zum Rohstofflieferanten und sonst nichts - dann wird es schlimm auf dieser Erde werden.

Es wäre gut, wenn die Völker diese Signale hören würden. Und es wäre auch für uns gut, erreichten wir eine nationale und internationale Solidarität gegen Rassenpogrome und Ausländerfeindlichkeit im Osten und im Westen unseres Landes.

Kurt Hechler

## Wir dürfen die Lehren der Geschichte nicht vergessen

*Abwarten bedeutet Selbstmord! Es muß etwas geschehen! Mord, Totschlag und Brandstiftung sind kriminelle Verbrechen. Sie müssen verfolgt und bestraft werden. Faschistische Organisationen gehören verboten und aufgelöst.*

*Die Grundlage aber dafür, daß Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und faschistisches Gedankengut in Teilen der Bevölkerung wirken und den Nährboden für neonazistische kriminelle Vereinigungen bilden können, ist die zugespitzte soziale Lage, die heute viele Menschen an den Rande des Ruins, in Existenzunsicherheit und Perspektivlosigkeit drängt.*

*Hier muß dringend etwas getan werden: Gegen Arbeitslosigkeit! Gegen Wohnungsnot und Mietwucher! Die BRD, eines der reichsten Länder der Welt, hat die Mittel, um mit dieser Kulturschande fertig zu werden. Es kommt nur darauf an, wie diese Mittel eingesetzt werden!*

*Das Problem der Flüchtlinge, der Hungernden und Verhungerten der Dritten Welt kann durch eine neue gerechte Weltwirtschaftsordnung gelöst werden.*

*Deshalb Schluß mit der Ausbeutung der armen Länder durch die reichen kapitalistischen Staaten. Schluß mit der Ausbeutung der armen Länder durch die Zinsforderungen der Weltbank und der "nationalen" Großbanken! Den Menschen der Dritten Welt muß ermöglicht werden, in ihrer Heimat menschenwürdig zu leben. Niemand verläßt ohne Not sein Heimatland.*

*Nicht Streichung des Asylrechtsartikels im Grundgesetz - Streichung der Zins-schulden heißt die Lösung! Für die Menschen der Dritten Welt wie für uns in Deutschland und Europa.*

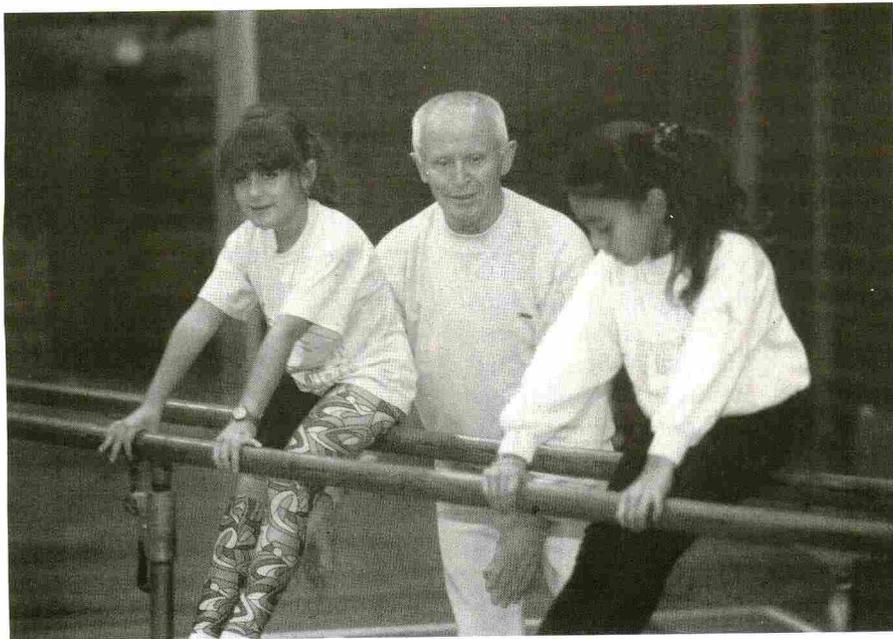
## Selbstbedienungsläden

In Wiesbaden und Bonn schlagen sie zu. Diätenerhöhungen sind angesagt.

Die Wiesbadener wollen sich die Bezüge ab 1. 1. 92 von 10.200,- DM auf mtl. 10.660,- DM erhöhen. Damit steigen die hessischen Rekorddiäten, die jetzt schon höher liegen als die der Bundestagsabgeordneten, um 4,5%. Alle Abgeordneten kriegen also 460,- DM mehr, der Landtagspräsident sogar 690,- DM. Zu allem kommt noch die Reisekosten-Abrechnung die zusätzlich 1500,- DM mtl. steuerfrei bringt. Zugestimmt haben alle Parteien. Alle!

Da können wohl die Bonner Volksvertreter nicht zurückstehen. Der Vorschlag von Rita Süßmuth: Erhöhungen rückwirkend ab 1. Juli um 4,8% auf 10.128,- DM. Gleichzeitig sollen die steuerfreien Kostenpauschalen um 5,9% auf 5765,- DM mtl. angehoben werden. Allein die Kosten der Bonner Erhöhungen betragen im Jahr 8,2 Millionen DM.

**Jede Mark  
hilft dem  
»blickpunkt«**



## Ludwig Hormel zum 80.

Wer Ludwig Hormel wöchentlich bei seiner Tätigkeit als Übungsleiter in der Turnhalle, oder bei seinen sonstigen sportlichen Aktivitäten, beobachtet, der empfindet Hochachtung und Bewunderung. Jeden Montag betreut er, nachmittags beginnend, nacheinander ca. 75 Kinder von 6 bis 14 Jahren und in Fortsetzung abends ab 20 Uhr bis zu 75 Frauen. Freitags finden sich ab 20.00 Uhr, 30 Männer und Frauen zur turnerischen Gymnastik und Spiel bei ihm in der Halle ein. Wer ihn so abends in der Halle beobachtet muß immer wieder feststellen, dem Ludwig ist keine Arbeit und kein betreuerischer Hinweis zu viel. Da holt er die Geräte, legt eigenhändig die Matten aus und ist nach Ende der Übungsstunden wieder derjenige der die Hauptarbeit beim Wegräumen dieser Teile übernimmt. Bei alledem ist Ludwig Hormel immer der faire und hilfsbereite Sportler. In den 60 Jahren seiner Tätigkeit als Turnwart und Übungsleiter stand er bei seinen Schützlingen am Übungsgerät immer an der richtigen Stelle und er ist stolz, daß keine erwähnenswerten Unfälle bei ihm passierten. Er meinte: "Da muß man schon mal helfend beigreifen, um dem Kind die Angst zu nehmen und die Freude am Sport zu fördern." Außer seiner Übungsleitertätigkeit nimmt er noch heute an überregiona-

len Turnwettkämpfen teil und feiert auch sportliche Erfolge, wie bei dem diesjährigen "Drei-Gaue-Treffen" der Turner über 30 Jahre, wo er einen zweiten Platz der über 60jährigen belegte. Auch beim Bundestreffen der Seniorenturner konnte er im Mai dieses Jahres, in seiner 90 Teilnehmer umfassenden Altersklasse M 70 (70 Jahre und älter) den 34. Platz in der Disziplin Turnen und Leichtathletik (Barren, Standweitsprung und 1000 Meter Lauf) erzielen. Sein nächstes Ziel sind die hessischen Pokalwett-

kämpfe im Geräteturnen im November. Ludwig Hormel trat bereits mit 10 Jahren als Schüler in den "Turn- und Sportverein 1880 Mörfelden" ein und wechselte mit 18 Jahren zu den aktiven Turnern, wobei er noch nebenbei Leichtathletik betrieb und Handball spielte. Mit 20 Jahren begann er schon seine Laufbahn als Übungsleiter und besuchte 1934 einen Lehrgang für das Männer- und Jugendturnen an der deutschen Turnschule in Berlin. Anfang der 60er Jahre hat er sich schon für den Breitensport eingesetzt und den Begriff "Gymnastik für Jedermann" geprägt, sowie die sogenannten "Anti-Rost-Tunier" im Fuß- und Prellball eingeführt.

Am 2. November feiert er gemeinsam mit seiner Frau und seinen Vereins- und Sportkollegen seinen 80. Geburtstag. Zu diesem Anlaß erhält er von der Stadt Mörfelden-Walldorf, in Würdigung der jahrzehntenlangen sportlichen Betätigung zum Wohle der Allgemeinheit, und insbesondere für sein Engagement für den Breitensport, die Ehrenplakette.

Die DKP Mörfelden-Walldorf, der "blickpunkt" und die DKP-Fraktion im Stadtparlament, gratulieren ebenfalls dem Jubilar und wünschen ihm noch viele Jahre Gesundheit.

Heinz Hechler



Mörfelder Geräteturner anlässlich der Vereinsmeisterschaften beim sogenannten Abturnen im September 1948. Die Meisterschaften fanden damals mangels Turnhalle auf dem Sportplatz am "Grünen Haag" statt. Man sieht im Hintergrund noch die Umkleidebaracke und dahinter den bekannten Eisenbahnwaggon der einer Mörfelder Familie als Wohnung diente. Auf unserem Bild von links: Ludwig Kemmler, Hermann Dammel, Walter Mangold, Thea Dammel (geb. Scherer), Hedi Schluckebier (geb. Sporalski), Fritz Knodt, Greta Kemmler, Heinz Hechler, Marianne Suchomehl (geb. Börner), Wilhelm Völker (Wäscher) davor kniend Elli Gerbig (geb. Reviol), dann Helmut Müller und am Boden liegend Ludwig Hormel

## Endlich

Jahrelang haben die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt gegen das US-Depot im Oberwald protestiert. Auch die DKP hatte in den vergangenen 25 Jahren ungezählte Initiativen gestartet. Jetzt soll das Lager geräumt werden. Ein Zeitpunkt wurde allerdings noch nicht genannt. Es wird notwendig sein, das Gelände gründlich nach Altlasten zu untersuchen. Auf Überraschungen darf man gefaßt sein.

## Gescheitert

Die FAG plant ein Verwaltungsgebäude in Walldorf. Im Bauausschuß wurde der Entwurf für ein sechsgeschossiges Gebäude gegen die Stimmen der SPD abgelehnt. CDU, Grüne und DKP wollten der FAG nicht gestatten, höher als vier Geschosse zu bauen, was der gültige Bebauungsplan auch vorsieht. Die GBL lehnte im Ausschuß die Vorlage ab, obwohl der grüne Stadtrat mit seiner Enthaltung im Magistrat die Vorlage erst möglich gemacht hatte. Der Bürgermeister wünscht sich in dieser Frage ein Entgegenkommen gegenüber der FAG.

Die FAG-Politik, von gestern und heute, hat nicht viel mit der angeforderten guten Nachbarschaft zu tun. Sicher auch ein Grund für das beschriebene Verhalten der Parlamentarier.

## Schwach

Eine schwache Antwort gab der Bürgermeister auf die Anfrage der DKP-Fraktion nach den Planungen zum Dalles-Brunnen. Wann und wie - darauf kam nix. Nur gekostet hat's schon was: z.B. Vorbereitungsinstallationen 18000,- DM, Entwürfe 16500,-DM.

Jetzt hat irgendein Großkapitalist der Stadt einiges dafür "rübergeschoben." Das heißt dann bei Brehl so: "Seitens des Magistrats wird angestrebt, zeitnahe eine Drucksache zur Beschlußfassung vorzulegen. Dies wird u.a. auch dadurch ermöglicht, daß die Stadt Zuwendungen zur Realisierung erhalten konnte."

Hinter dieser geheimnisvollen Formulierung steckt eine Spendenankündigung - auf der noch steht "Vertraulich."

## Randsteine

Da liegt der "blickpunkt" ganz richtig mit seiner Kritik an den Radwegen in unserer Stadt. Ich selbst halte es für dringend notwendig, daß weniger mit dem Auto gefahren wird und vermisse Anreize für Radfahrer. Ganz schlimm empfinde ich die hohen Randsteine. Der Bürgermeister und die beiden hauptamtlichen Stadträte, sowie die Herren vom Bauamt sollten einmal mit Einkaufstaschen bepackt und vielleicht noch mit einem Kind im Kindersitz, durch Mörfelden fahren, dann wären bald Veränderungen zu sehen. Ich danke der DKP-Fraktion, daß sie bei diesem Thema nicht locker läßt.

A.P., Otto-Hahn-Str.

## Radfahrer brauchen eine Lobby

Im letzten "blickpunkt" stand ein wichtiger Artikel über die Radwege in unserer Stadt. Ich stimme euch da voll zu - nur das Drama geht ja noch viel weiter. So mancher Bürger unserer Stadt würde ja seine Einkäufe gerne mit dem Fahrrad machen. Aber das hohe Verkehrsaufkommen von Pkw und Lkw in der Innenstadt und fehlende Fahrradwege, halten viele Einwohner davon ab, auf das Fahrrad zu steigen.

Ich finde es auch total falsch, wenn in der Innenstadt immer mehr Parkplätze für Pkw geschaffen werden. Andererseits fehlen hier diebstahlsichere Fahrradständer und Fahrradabstellplätze. Die "Stadtregierung" sollte einmal darüber nachdenken, wie z.B. Rund um den Mörfelder Dalles das Pkw-Aufkommen verringert wird, wie Fahrradabstellplätze statt Pkw-Parkplätze geschaffen werden können.

Das gleiche Problem gibt es am HL-Markt. Weil auch hier für die Fahrräder keine ausreichenden Abstellmöglichkeiten bestehen, wird das Fahrrad irgendwo abgestellt. HL-Markt, Postamt und die anderen Geschäfte bilden große Anziehungspunkte für die Bevölkerung. Auch hier wären Fahrradabstellplätze mit diebstahlsicheren Fahrradständern notwendig.

Und wer sich die Zeit nimmt, nur einmal am Tag sich an den beiden Bahnhöfen umzusehen, der bemerkt, daß so mancher Bürger sein Auto zu Hause stehenläßt und mit dem Fahrrad zum Bahnhof kommt. Aber auch dort sind keine überdachten Fahrradständer oder diebstahlsichere Fahrradabstellplätze vorhanden. (Fahrraddiebstahl wird leichtgemacht.)

Ich hoffe, daß die DKP-Fraktion das Thema in der Stadtverordnetenversammlung weiter voranbringt.

R. Haag, Forsthausstraße

## Frieden und internationale Hilfe müssen auf der Tagesordnung bleiben

Im September trafen sich Vertreter aus Wohngebietsgruppe und Parlamentsfraktion der DKP mit Gästen von "Groen Links" aus Wageningen. Besprochen wurde vor allem die Frage, wie die "Linken" in Mörfelden-Walldorf und Wageningen die Absicht einschätzen, die Friedenspartnerschaft in eine herkömmliche Städtepartnerschaft umzuwandeln. Im Gespräch überwogen die Meinungen, es müsse den linken Kräften in beiden Städten darum gehen, alle Möglichkeiten zur Fortsetzung der inhaltlichen Zusammenarbeit auch unter veränderten Rahmenbedingungen zu wahren und zu nutzen. Frieden und internationale Hilfe und Zusammenarbeit müssen auf der Tagesordnung bleiben.

Der Meinungs austausch zwischen "Groen Links" und der DKP soll in Gesprächen und Veröffentlichungen (die DKP schickt seit Jahren jeden Monat den "blickpunkt" nach Wageningen) fortgesetzt werden. Die wechselseitige Veröffentlichung von Artikeln zu allgemeinen politischen Fragen oder kommunalpolitischen Themen wäre dazu ein weiterer Schritt, über den nachgedacht wird.

GS

## Ein Aufruf gegen neues Unrecht

"Für Recht und Würde" rufen namhafte Personen aus Politik, Wissenschaft, Kirche und Kultur alle Bürgerinnen und Bürger auf, die Menschenrechtsverletzungen in den neuen Bundesländern der Anonymität zu entreißen und öffentlich zu machen. In dem Aufruf heißt es wörtlich:

"Im Zuge der deutsch-deutschen Vereinigung häufen sich Fälle von Verletzungen individueller und sozialer Menschenrechte. Viele werden im Stillen und allein ertragen. Ohnmacht, Verzweiflung und Mutlosigkeit breiten sich aus.

Nehmen wir das nicht länger hin! Nennen wir jedes Schicksal bei seinem Namen! Entreißen wir es der Anonymität! Machen wir es in aller Öffentlichkeit bekannt! Lassen wir uns unser Selbstbewußtsein nicht rauben!

Massenhaftes Unrecht geschieht. Wie soll man es ständig erfassen? Menschen werden um ihre Arbeit, um Lebensunterhalt und Lebensziele

gebracht. Berufsverbote infolge politischer Ausgrenzung greifen um sich; selbst vor Behinderten macht man nicht halt. Wohn- und Eigentumsrechte sind gefährdet, schon gibt es Obdachlose. Kinderkrippen und Kindergartenplätze werden drastisch verteuert oder ganz abgeschafft. Menschenwürdiges Leben wird für viele unerschwinglich. Frauen sehen sich wieder an den häuslichen Herd verbannt. Ihre freie Entscheidung auf Mutterschaft wird ihnen streitig gemacht. Jugendliche verlieren Freizeit- und schulische Fördereinrichtungen. Studieren wird - wie so vieles - wieder vom Geldbeutel abhängig. "Besser-Wessis" stellen unsere Qualifikationen in Frage. SeniorInnen fürchten um ihre Altersversorgung. Bürger anderer Nationalitäten erleben eine zunehmende Ausländerfeindlichkeit. Neofaschisten drangsaliieren. Meinungsfreiheit und andere Persönlichkeitsrechte werden eingeschränkt. Psychoterror greift um sich. Schon gibt es Abschiedsbriefe dem allen nicht mehr Gewachsenen."

Die unabhängige Arbeitsgruppe zur Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen ruft alle Betroffenen auf, ihr Schicksal zu schildern,

denn sie will "in einem Weißbuch festhalten, wie es im gegenwärtigen Vereinigungsprozeß um die Menschenrechte und Menschenwürde bestellt ist".

## Ein Jahr Einheit

### Fakten

Die Prognose für den ostdeutschen Arbeitsmarkt im vierten Quartal geht von folgendem aus: Bei insgesamt 8,85 Millionen Beschäftigten sind 4,59 Millionen voll erwerbstätig, 1,5 Millionen Kurzarbeiter, 320 000 Vollzeitweiterbildung, 240 000 ABM-Stellen, 480 000 Pendler, 1,15 Millionen Arbeitslose und 550 000 im Ruhestand. Das heißt: Faktisch ist die Hälfte aller voll Erwerbstätigen aus dem Produktionsprozeß herauskatapultiert. Allein im Januar 1991 ging die Industrieproduktion in der ExDDR im Vergleich zum Dezember um 24 Prozent zurück. Damit betrug die Januar-Produktion nur noch 44 Prozent der Produktion zum Jahresende 1989. Die Industrieproduktion ist gegenwärtig auf 50 Prozent des Niveaus vor der Währungsunion im Juli 1990 gesunken.

In der Landwirtschaft wurden 60 000 Hektar stillgelegt. Die Mieten werden in diesen Tagen um das fünf- bis achtfache erhöht. Junge qualifizierte Menschen sehen keine andere Chance für ihre Zukunft, als in die alten Bundesländer abzuwandern. Insgesamt hat sich die politische Achse in der größer gewordenen Bundesrepublik weiter nach rechts entwickelt. Die Berufsverboteerfahrung aus der alten BRD wird rigoros auf dem Gebiet der ehemaligen DDR zur massenhaften Schnüffelpraxis, Denunziation, Berufsverbotten genutzt. Diejenigen, die in den Demonstrationen Leipzigs oder Berlins an der Spitze gingen und "Wir sind das Volk!" riefen, sind sehr oft längst als Querulanten, Störer oder politisch zu Bekämpfende an den Rand dieser Gesellschaft gedrängt. Der § 218 soll jetzt auch den Frauen der ehemaligen DDR das Selbstbestimmungsrecht entziehen.



## Wie weiter mit der Abwassergebührenordnung?

Der "blickpunkt" berichtete mehrmals ausführlich über die "Kesselsteuer" - Neuregelung der Abwasserberechnung -, die viel Unmut und Unverständnis in der Bevölkerung auslöste. Wir vertraten die Meinung, daß die neue Berechnungsgrundlage, wonach Regenwasser und Schmutzwasser zur Errechnung der Abwassermenge herangezogen werden, mehr Gerechtigkeit bedeutet. Unverständlich für uns und viele Bürger ist die Bemessungsgröße nach Art der Versiegelung. Wir berichteten, daß die Städte und Gemeinden unterschiedlich vorgegangen sind. Manche Kommunen rechnen nach Grundstücksgröße, andere unterscheiden nicht zwischen Spitzdach und Flachdach, Verbundsteinpflaster und Asphaltdecke. Die Berechnungsgrundlage für unsere Stadt ist ebenso willkürlich getroffen. Es gibt in dieser Frage kein eindeutiges Recht, keine höchstrichterliche Entscheidung. Unsere Meinung ist, daß die Berechnungsgröße z. B. Flachdach Faktor 0,8, geneigtes Dach über 15 Grad Faktor 1,0 nicht richtig ist.

Bisher wurden die Grundstückseigentümer seitens der Stadt aufgefordert, im Selbstanlageverfahren ihre versiegelte Flächengröße und die Versiegelungsart anzugeben. Viele Bürger sind damit schon überfordert. Die ersten Mahnschreiben sind somit wegen Fristverstreichung schon verschickt worden. Man darf davon ausgehen, daß die Stadtverwaltung die Veranlagung vornehmen wird, wenn die Aufgeforderten dies nicht selbst tun. Ergebnis wird jedenfalls sein, daß neue Gebührenbescheide zugehen. Wenn diese Berechnung nicht mit den Gegebenheiten übereinstimmt, kann man innerhalb der in der Rechtsbelehrung angegebenen Frist (ein Monat) Widerspruch einlegen. Das Widerspruchsverfahren hat für die Zahlung keine aufschiebende Wirkung. Beim Widerspruch kommt die Sache vor den Widerspruchsausschuß. Dort hat der Bürger die Möglichkeit, seinen Widerspruch mündlich zu begründen. Wird der Widerspruch abgelehnt, so kann Klage beim Verwaltungsgericht Darmstadt eingeleitet werden.

rd

## Haushaltsplan 1992 Neue Gebührenerhöhungen am Horizont

Der kommunale Haushalt Mörfelden-Walldorf wurde Ende September eingebracht. Umfang: 93 Millionen DM. Schuldenstand: 84,871 Millionen, das ist eine Pro-Kopf-Veranschuldung von 2008,- Mark. Wieder einmal zeigt sich: den Kommunen fehlt das Geld für die Lösung vieler Probleme. Geld, das "oben" falsch verteilt und verpulvert wird, fehlt "unten" für Wohnungsbau, für Umweltschutzmaßnahmen, für die Lösung von Verkehrsproblemen, für soziale Fragen.

Schon jetzt wird deutlich, Stadtkämmerer Vorndran wird vor weiteren Gebührenerhöhungen nicht zurückschrecken. In seiner Haushaltsrede problematisierte er sogar die Kindergartenbeiträge. Zwar sind diese Beiträge zunächst einmal festgeschrieben - aber der Vorndran-Versuchsballon war von jedem Parlamentsplatz aus deutlich zu sehen. Die Parteien sind nun dabei den Haushalt zu beraten und Änderungen vorzuschlagen. Auch die DKP-Fraktion hat auf einer dreitägigen Klausur den Haushalt 1992 diskutiert und künftige Initiativen beschlossen.

Ein Schwerpunkt war die Verkehrsplanung. Die DKP will, daß Mörfelden-Walldorf eine fahrradfahrerfreundliche Stadt wird. Man will deshalb erneut Radwege und Fahrradparkplätze in der Innenstadt fordern.

In der Diskussion wurde der Zustand diskutiert, daß die CDU (als einzige Partei) Steuermittel für Fraktionsräume erhält.

Das Thema Fremdenfeindlichkeit hat die Tagung ebenfalls beschäftigt. Man will verschiedene Maßnahmen fordern, z. B. eine Plakataktion und eine multikulturelle Veranstaltung.

Die Fraktion befaßte sich ausführlich mit dem hiesigen Kindergartennotstand. Es wurde immer wieder betont: 90 Kinder auf der Warteliste seien nicht hinzunehmen. Die DKP wird den Antrag stellen, sofort mit der Planung eines weiteren Kindergartens zu beginnen.

Weitere Parlamentsinitiativen, so unter anderem zu den Themen Flughafen, Kulturarbeit, Kleingartengelände, Schulwegeplanung, Bürgerhaus etc. sind vorgesehen.

Die DKP-Fraktion sieht sich nicht nur als eine linke Opposition, die mit dem "blickpunkt" viele Dinge durchsichtig macht, sie will auch weiter konkret und konstruktiv Vorschläge für die Bürgerinnen und Bürger von Mörfelden-Walldorf durchsetzen.

### Keine Alternative ?

Im September beschloß die Stadtverordnetenversammlung gegen die Stimmen der DKP-Fraktion, den Vertrag mit der HEAG zur Stromversorgung der Stadt um 20 Jahre zu verlängern.

Einzige wesentliche Änderung ist die Zahlung einer Konzessionsabgabe, die für 1991 gut 1,8 Millionen DM beträgt.

Was die HEAG auf diesem Weg an die Stadt abzuführen hat, wird sie sich mit Sicherheit über die Tarife von den Verbrauchern - und damit von jedem einzelnen Bürger - wieder holen.

Für den Stadtkämmerer eine schnelle Mark, die er von der HEAG eintreiben läßt. Kein Wunder, daß man sich seitens der Mehrheitsfraktion SPD bei der Suche nach einem neuen Energiekonzept nicht lange aufhielt.

Auch die Grüne Bürgerliste, zu Zeiten Wortführer für eine "Energie-wende", sah offensichtlich angesichts des winkenden Geldes "zur Zeit" keine Alternative zur HEAG. Erster Stadtrat Vorndran, der am selben Abend den Haushaltsplan für 1992 einbrachte, verneinte auf eine Frage der CDU, daß die Konzessionsabgabe schon in den Entwurf eingeflossen sei. "Ich nehme doch keine Beschlüsse vorweg", sagte er. Daß er es aber kaum abwarten kann, bis das Geld im Kasten klingelt, dessen darf man sich sicher sein.

GS

# Stadtgeschichten



"Merfeller Kerb" 1929. Fröhlichkeit und Ausgelassenheit war und ist auch heute noch Trumpf am "Kerwemontag". Lustige Ideen, sich dem damaligen Haus- und Hoffotografen aus Mörfelden, Anthes, darzustellen hatten auch die sechs Mörfelder jungen Männer, von denen uns vier namentlich bekannt sind. Es waren unten sitzend von links, mit dem Schubkarrenrad, Georg Janz, dann auf der Schnitzbank Wilhelm Berz, hinten mit der Mistgabel Jakob Janz und ganz rechts in der Waschbütte, rudern mit dem "Puhlschepper" (Jaucheschöpfer) Heinrich Janz. Die Gruppe nahm Aufstellung vor dem Brunnen im Hof des "Goldenen Apfel". Dieser Platz war wohl in der damaligen Zeit ein beliebter Fotograferplatz. Dem Fotograf Anthes ist es zu verdanken, daß wir den Anlaß und die Jahreszahl heute noch genau nachvollziehen können, denn er hat in das Glasnegativ damals wohlweislich "Kerb 1929" eingeritzt.



Der 250. "blickpunkt" ist da!  
Das muß gefeiert werden!

Wir machen ein Faß auf!

Am Freitag, den 1. November 1991,  
ab 19 Uhr, im Bürgerhaus Mörfelden,  
Clubraum/Bürgerstube. Alle Freunde des "blickpunkt" sind  
herzlich eingeladen.

**blick  
punkt**  
... die kleine Zeitung  
mit der großen Wirkung!

DKP Mörfelden-Walldorf